

die zahlreichen Rechtfertigungsversuche in Publikationen und sonstigem Propagandamaterial hindeuten<sup>6</sup>.

Die Auswertung der Korrespondenz zwischen der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ und den politischen Parteien ergibt den Befund, daß die Kontakte zum bürgerlich-konservativen Lager weit überwogen<sup>7</sup>, und es war sicher kein Zufall, daß die deutsch-nationalen, rechtsliberalen und konservativen Parteivertreter größeres Interesse für die Kooperation mit dem Bund der Saarvereine als ihre sozialdemokratischen oder gar kommunistischen Kollegen aufbrachten. Allerdings wird dies weniger als Indikator für eine einseitige Orientierung der Saarorganisation gewertet werden können als die zahlreichen Selbstzeugnisse und Konfliktfelder während der jahrelangen Tätigkeit.

Zumindest in der Übergangsphase 1919/20 suchte Vogel noch den Kontakt zu den Linksparteien, machte aber daraus keinen Hehl, daß die Überparteilichkeit der Saarvereine nicht seiner inneren Überzeugung entsprang, sondern eine notwendige Konzession an den Zeitgeist respektive die Erwartungen der Berliner Ministerien war. Man müsse der Tatsache Rechnung tragen, daß die saarländische Arbeiterschaft nach vier Kriegsjahren zwar fest im deutschen Lager stünde, aber „zum großen Teil ins sozialdemokratische Fahrwasser übergegangen“ sei<sup>8</sup>. Ohne Umschweife gaben die Mitarbeiter der Bundesorganisation zu, daß die Überparteilichkeit dort an ihre Grenzen stoße, wo sich frankophile oder gar separatistische Strömungen breit machten. Infolgedessen wurden konsequent alle Kontakte zu den Kommunisten und – nach einer einmaligen Aufforderung zur Kooperation – ebenso zu den Unabhängigen Sozialdemokraten<sup>9</sup> gemieden. Sofern der „Saar-Freund“ überhaupt Parteifragen zur Sprache brachte, stigmatisierte er die politische Linke als „Schrittmacher des französischen Militarismus“, die durch ihre Handlangerdienste für die Feinde Deutschlands Landesverrat beginge<sup>10</sup>. Schon sehr früh erfolgte ihr Ausschluß aus der nationalen „Volksgemeinschaft“: Da KPD und USPD im Gegensatz zu den anderen politischen

---

<sup>6</sup> Vgl. VOGEL: Die Aufgaben des Bundes „Saar-Verein“, S. 5; Protokoll der Vorstandssitzung des Bundes vom 02.04.22 (04.04.22), in: BA-R 8014/21; SF 6 (1925) 14, S. 225; SF 9 (1928) 14/15, S. 267.

<sup>7</sup> Vgl. BA-R 8014/695–698. Unter den Berichten über Parteitage saarländischer Parteien und Bezirksversammlungen saarländischer Gewerkschaften finden sich im SF deutlich weniger Meldungen über Versammlungen der SPD und der freien Gewerkschaften: Vgl. beispielsweise SF 5 (1924) 12, S. 183; SF 5 (1924) 15, S. 226; SF 5 (1924) 19, S. 293; SF 8 (1927) 12, S. 193 ff.

<sup>8</sup> Er allerdings glaube fest an die politische „Gesundung“ der Bergleute: Vgl. Brief der GSV an Hilger (29.09.19), in: BA-R 8014/9. Dem preußischen Beamten Vogel fiel es sichtlich schwer, aus seiner bisherigen Rolle zu schlüpfen und die Arbeiterschaft als gleichberechtigten Gesprächspartner zu akzeptieren. Vgl. die Klagen gegenüber Dr. Maurer (29.10.19), in: BA-R 8014/141.

<sup>9</sup> Die zweitstärkste Fraktion im Reichstag wurde neben den anderen großen Parteien im Februar 1921 noch aufgefordert, für die Bundestagung in Kassel einen Redner zu entsenden. Mit ihrer Absage trug die USPD im Prinzip selbst dazu bei, daß die Versammlung eine relativ einseitige Ausrichtung erhielt: Vgl. Brief der GSV an die Fraktionen von USPD, SPD, Zentrum, DDP, DVP und DNVP (15.02.21), in: LA Saarbrücken, Saar-Verein 1; Absage der USPD-Fraktion an die GSV (10.03.21), in: BA-R 8014/695.

<sup>10</sup> Vgl. SF 1 (1920) 23, S. 235; SF 2 (1921) 7, S. 85; SF 2 (1921) 13, S. 171; SF 2 (1921) 21, S. 304 f.